

CDU-Stadtratsfraktion



Herrn
Oberbürgermeister
Thomas Hirsch
Rathaus
Marktstraße 50
76829 Landau

Peter Lerch
Fraktionsvorsitzender
A.d. Hammerschmiede 7
76829 Landau
Fon: 06341-897377
Mail: PeterLerch1@gmx.de
9.11.2018

100
Ba, 12.11.
StR 11.12.18

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hirsch

im Namen der CDU-Stadtratsfraktion stellen wir hiermit folgenden Antrag und bitten, diesen in der nächsten Stadtratssitzung zu behandeln.

Antrag

Der Stadtrat der Stadt Landau fordert die Landesregierung auf, gesetzlich initiativ zu werden oder durch den Erlass einer Ausnahmegenehmigung nach Art. 9 der Vogelschutzrichtlinie die Voraussetzungen für eine Dezimierung der Saatkrähen im innerstädtischen Bereich zu schaffen.

Begründung:

Die Belastungen und Risiken, welche durch Saatkrähen in der Landauer Innenstadt verursacht werden sind jährlich zunehmend und stellen für die Bevölkerung, aber insbesondere für die Schulkinder der Pestulozzischule und des OHG eine enorme Belastung und Gesundheitsgefährdung dar. Mehrere Versuche das Problem in den Griff zu bekommen sind in den letzten Jahren gescheitert. Auch ein speziell für Landau erstelltes umfangreiches „Saatkrähenkonzept“ verspricht keine Aussicht auf Entlastung. Die hierin empfohlene bessere Öffentlichkeitsarbeit und verstärkte Akzeptanzmaßnahmen bieten keine Perspektive zur Problemlösung. Eine Vergrämung, also Umsiedlung in andere Bereiche wäre mit 1,5 Millionen Kosten sehr teuer, mit etwa 10 Jahren enorm langwierig und hätte trotzdem sehr unsichere Erfolgsaussichten.

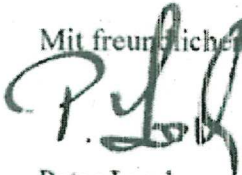
CDU-Geschäftsstelle
Max-Planck-Straße 6
76829 Landau

Telefon 06341-934611
Telefax 06341-934627
E-Mail info@cdu-landau.de

Dabei nimmt dieses Problem von Jahr zu Jahr zu. So ergab alleine die Zählung an 3 Schulen sowie des Ost- und Goetheparks innerhalb von 7 Jahren eine Zunahme der Nester von 29 auf 430. Bei diesen Zahlen kann sich jeder ausrechnen, wohin diese Entwicklung in den nächsten Jahren führen kann, wenn nicht gegengesteuert wird. Da alle bisher ergriffenen Maßnahmen im Rahmen der bestehenden Gesetze nicht gefruchtet haben und auch keine Lösungsperspektiven bestehen, halten wir eine Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die einzige erfolgversprechende Lösung.

Nach Mitteilung der rhld-pf. Umweltministerin ist „eine Kontrolle der Bestände durch eine Bejagung“ möglich, wenn die Interessen der Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit tangiert sind. Weiterhin können die Vögel durch eine Ausnahmegenehmigung der Landesregierung nach Art. 9 der Vogelrichtlinien dezimiert werden. Im Interesse der betroffenen Kinder und Bürger fordern wir deshalb die Landesregierung auf, in diesem Sinne aktiv zu werden.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Lerch

Ralf Eggers